

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 27.11.2019

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 15:04 Uhr - 17:30 Uhr

Vorsitz: Herr Bürgermeister Runkel

Beschlussfähigkeit

Soll: 61 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Ist: 50 Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Hubert Gintschel	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/ Die PARTEI	privat
Herr Detlef Müller	SPD-Fraktion	dienstlich
Herr Paul Günter Steuer	AfD-Stadtratsfraktion	privat

Verspätetes Erscheinen

Herr Robert Andres	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	15:07 Uhr, TOP 2
Herr Dr. Volker Dringenberg	AfD-Stadtratsfraktion	15:35 Uhr, TOP 5.5; anwesend bis 17:20 Uhr
Herr Tino Fritzsche	CDU-Ratsfraktion	16:24 Uhr, TOP 7.1
Herr Karl Martin Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	15:07 Uhr, TOP 2
Herr Lars Kuppi	AfD-Stadtratsfraktion	15:10 Uhr, TOP 4
Herr Andreas Marschner	CDU-Ratsfraktion	15:25 Uhr, TOP 5.1
Frau Ines Saborowski	CDU-Ratsfraktion	15:25 Uhr, TOP 5.1
Frau Susanne Schaper	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/ Die PARTEI	15:31 Uhr, TOP 5.1

Vorzeitiges Verlassen

Herr Renzo Di Leo	CDU-Ratsfraktion	16:58 Uhr, TOP 7.1
Herr Thomas Scherzberg	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/ Die PARTEI	16:46 Uhr, TOP 7.1

beratend Teilnehmende

Herr Ralph Burghart	Bürgermeister Dezernat 5
Herr Sven Schulze	Bürgermeister Dezernat 1
Herr Michael Stötzer	Bürgermeister Dezernat 6

Gäste

Herr Dirk Behrendt	Betriebsleiter ASR/ESC
Frau Heike Decker	Betriebsleiterin FBB

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Annkatrin Falk	Amtsleiterin Amt 14
Herr Albert Lonsdorfer	Amtsleiter Amt 30
Frau Ramona Seidel	Abteilungsleiterin Abt. 15.4
Frau Sophie Smolinski	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Frau Katja Uhlemann	Amtsleiterin Amt 15

Fraktionsangestellte

Herr Dinh Hai Bui	FDP-Fraktion
Herr Stefan Kraatz	SPD-Fraktion
Herr René Mann	CDU-Ratsfraktion
Herr Bob Polzer	AfD-Stadtratsfraktion
Frau Anja Schale	Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/ Die PARTEI

Schriftführerin

Frau Carolin Müller	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
---------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der stellvertretende Vorsitzende **Herr Bürgermeister Runkel** eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Herr Bürgermeister Runkel informiert, dass die Beschlussvorlage B-305/2019 „Abwägungs- und Satzungsbeschluss zur Teilaufhebung des Bebauungsplans Nr. 93/28 Ausbau Neefestraße im Abschnitt Autobahn – Jagdschänkenstraße“ (TOP 5.13) vertagt wird.

Herr Stadtrat Franke (AfD-Stadtratsfraktion) beantragt, die Beschlussvorlage B-341/2019 „Terminplan für die Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse für das Jahr 2020“ (TOP 5.1) zu vertagen. Er sieht aufgrund der Überschneidungen von drei Landtags- und Stadtratssitzungen Nachbesserungsbedarf.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht sich gegen den Antrag aus.

Abstimmung über den Antrag auf Vertagung der Beschlussvorlage B-341/2019

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(11 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)**

Die Tagesordnung wird mit einer Änderung festgestellt.

3 Informationen der Oberbürgermeisterin

Es liegen keine Informationen vor.

4 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

Herr Stadtrat Bader (AfD-Stadtratsfraktion) kritisiert die mangelnde Bereitschaft zur Zusammenarbeit der anderen Stadtratsfraktionen. Er habe das Gefühl, dass seine Fraktion ausgegrenzt werde.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) spricht die Probleme bei der Abfallentsorgung an. Diese reichen von Fehlkalkulationen, Unregelmäßigkeiten im Abholturmus bis hin zu Versorgungsengpässen. Ebenso werden Anlieger zum Teil überbelastet. Ihrer Meinung nach habe man als Bürger den Anspruch auf eine, den Gebühren entsprechende, Abfallentsorgung. Sie stellt mögliche Leitungs- oder Aufsichtsprobleme in Frage.

Herr Stadtrat Berger (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) geht auf die bestehende Konjunkturschwäche ein. Er macht auf die Bedeutung der mittelständigen Unternehmen aufmerksam. In diesem Zusammenhang kritisiert er deren Umgang bei beispielsweise stadtplanerischen Vorhaben. Als Beispiel nennt er auch den Neubau der eins energie in Sachsen. Hierbei würden keine Impulse für die Lebendigkeit des innerstädtischen Handels gesetzt. Er hat die Erwartungshaltung, dass die Verwaltung für 2020 eine gesetzeskonforme Lösung für die verkaufsoffenen Sonntage findet.

Herr Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) stellt den Bezug zu einem Presseartikel über die AfD-Stadtratsfraktion her. Er empfiehlt der Fraktion, im Stadtrat entsprechend Stellung zu beziehen.

Frau Stadträtin Kuhfuß (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) merkt den Umgang untereinander an und stellt die schlechte Vorbereitung von Stadtratsmitgliedern fest. Sie teilt aus gegebenem Anlass mit, dass ihre Fraktion nicht mit rechten Parteien kooperieren werde.

5 Beschlussvorlagen

5.1 Terminplan für die Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse für das Jahr 2020

Vorlage: B-341/2019 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15

Zur Beschlussvorlage wurden zwei Änderungen der Verwaltung sowie ein Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ ausgereicht.

Herr Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) zieht den Änderungsantrag seiner Fraktion zurück.

Herr Stadtrat Kuppi (AfD-Stadtratsfraktion) stellt den Änderungsantrag, die Sitzungstermine des Stadtrates und des Umlegungsausschusses im April, Juli und Dezember zu tauschen. Der Stadtrat würde somit am 28.04., 14.07. und 15.12. tagen.

Herr Bürgermeister Runkel erklärt, dass der Umlegungsausschuss kein Ausschuss des Stadtrates sei und sich im Rahmen seiner Weisungsfreiheit seine Termine selbst festlegen könne. Die aufgeführten Sitzungstermine seien nur der Form halber eingeplant wurden.

Herr Stadtrat Kuppi (AfD-Stadtratsfraktion) begründet den Antrag damit, dass er mit dem Kollidieren der Termine sein passives Wahlrecht als Stadtrats- und Landtagsmitglied nicht ausüben könne.

Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 (15 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen)**

Beschluss B-341/2019

Der Stadtrat beschließt den Terminplan für die Sitzungen des Stadtrates und seiner Ausschüsse für das Jahr 2020 entsprechend Anlage 3 der Beschlussvorlage. Die Sitzungen des Stadtrates finden im Stadtverordnetensaal des Rathauses statt.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
 (34 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)**

- 5.2 Neuwahl von Mitgliedern des Stadtrates für die Berufung in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Chemnitz
Vorlage: B-312/2019 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Herr Bürgermeister Runkel weist auf die Möglichkeit der Einigung hin.

Es gibt keinen Widerspruch.

Beschluss B-312/2019

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz einigt sich auf zwei Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates und auf drei Stellvertreter, die als Mitglieder zur Berufung in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit Chemnitz vorgeschlagen werden.

Die Plätze verteilen sich wie folgt:

Fraktion	Mitglieder	Stellvertreter
CDU-Ratsfraktion	-	Saborowski, Ines
Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI	Siegel, Hans-Joachim	Bartl, Klaus
AfD-Stadtratsfraktion	Boden, Otto Günter	Preuß, Ronald

- 5.3 Vorschlagsliste ehrenamtliche Richter Sozialgericht Chemnitz
Vorlage: B-310/2019 Einreicher: Dezernat1/Amt10
-

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-310/2019

Der Stadtrat bestätigt die Vorschlagsliste für das Sozialgericht Chemnitz gemäß Anlage 4.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)**

- 5.4 Wirtschaftsplan 2020 des Friedhofs- und Bestattungsbetriebes der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-292/2019 Einreicher: Dezernat 1/FBB
-

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-292/2019

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz beschließt gemäß § 16 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung und § 11 Abs. 2 Punkt d) der Betriebssatzung des Friedhofs- und Bestattungsbetriebes der Stadt Chemnitz den Wirtschaftsplan 2020 für den Eigenbetrieb „Friedhofs- und Bestattungsbetrieb der Stadt Chemnitz“ wie folgt:

1. Erfolgsplan, Liquiditätsplan

Der Wirtschaftsplan wird festgesetzt

im Erfolgsplan	
mit Erträgen i. H. v.	5.237.920 Euro
mit Aufwendungen i. H. v.	5.003.294 Euro
mit einem Jahresüberschuss i. H. v.	234.626 Euro

im Liquiditätsplan	
Änderung des Finanzmittelbestandes i. H. v.	- 372.282 Euro
- aus der laufenden Geschäftstätigkeit i. H. v.	572.462 Euro
- aus der Investitionstätigkeit i. H. v.	- 129.000 Euro
- aus der Finanzierungstätigkeit i. H. v.	- 815.744 Euro

2. Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird festgesetzt auf 0 Euro

3. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen für 2019 wird festgesetzt auf 0 Euro

4. Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 250.000 Euro

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(51 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)**

- 5.5 Wirtschaftsplan 2020 des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-289/2019 Einreicher: Dezernat 1/ASR
-

Frau Stadträtin Weyandt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht zur Situation der Müllentsorgung im Allgemeinen. Abfall sollte bestmöglich vermieden werden. Sie erklärt außerdem, dass der Restmüll weniger und entsprechend verwertet werden müsse. Das Stadtbild und die Zufriedenheit der Menschen leiden unter Müllablagerungen. Um den Erwartungen gerecht zu werden, sieht sie es als notwendig an, dass beim ASR Stellen aufgestockt werden.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ergänzt anhand eines eigenen Beispiels, dass sich die Standortfindung der gelben Tonnen verzögert habe. Solche Verzögerungen würden ein schlechtes Licht auf den ASR werfen.

Herr Bürgermeister Runkel merkt an, dass das Handlungserfordernis an ihn herangetragen wurde und man gemeinsam mit dem ASR eine erfolgreiche Lösung gefunden habe. Er weist darauf hin, dass man grundsätzlich nicht davon ausgehen könne, dass die Müllmengen sinken. Bei stark verunreinigten privaten Grundstücken könne die Stadt nur handeln, wenn hiervon eine unmittelbare Gefahr ausgeht.

Auf die Frage von **Herrn Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** antwortet **Herr Bürgermeister Runkel**, dass der ausgewiesene Überschuss von ca. 500.000 Euro die abzuführende Eigenkapitalverzinsung des ARS an die Stadt Chemnitz darstelle.

Beschluss B-289/2019

Der Stadtrat der Stadt Chemnitz beschließt gemäß § 16 der Sächsischen Eigenbetriebsverordnung und § 11 Abs. 2 lit. d) der Betriebssatzung des Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetriebes der Stadt Chemnitz (ASR) den Wirtschaftsplan 2020 für den Eigenbetrieb „Abfallentsorgungs- und Stadtreinigungsbetrieb der Stadt Chemnitz“ in Verbindung mit Anlage 3 wie folgt:

1. Erfolgsplan

Der Wirtschaftsplan wird festgesetzt

im Erfolgsplan	
mit Erträgen i. H. v.	38.252.849 Euro
mit Aufwendungen i. H. v.	37.682.495 Euro
mit einem Jahresüberschuss von	570.354 Euro

im Liquiditätsplan mit einem Mittelzu-/Mittelabfluss	
aus der laufenden Geschäftstätigkeit i. H. v.	1.124.000 Euro
aus der Investitionstätigkeit i. H. v.	- 4.342.000 Euro
aus der Finanzierungstätigkeit i. H. v.	103.000 Euro

2. Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen wird festgesetzt auf

0 Euro.

3. Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen
wird festgesetzt auf 900.000 Euro.

4. Kassenkredite

Der Höchstbetrag der Kassenkredite wird festgesetzt auf 0 Euro.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(51 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung)**

- 5.6 4. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Chemnitz über die Vermeidung,
Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallsatzung - AbfS)
Vorlage: B-077/2019 Einreicher: Dezernat 3/ASR
-

Zur Vorlage wurde je ein Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ sowie
SPD-Fraktion ausgereicht.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) bringt den Änderungsantrag seiner Fraktion
ein.

Herr Behrendt (Betriebsleiter ASR) nimmt zum Änderungsantrag Stellung und
bestätigt die Umsetzbarkeit.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(9 Ja-Stimmen, 40 Nein-Stimmen, 6 Enthaltungen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(49 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen)**

Beschluss B-077/2019

Der Stadtrat beschließt die 4. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Chem-
nitz über die Vermeidung, Verwertung und Beseitigung von Abfällen (Abfallsatzung
– AbfS) gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mit Änderungen einstimmig bestätigt
(52 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)**

- 5.7 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt
Chemnitz (Straßenreinigungssatzung)
Vorlage: B-249/2019 Einreicher: Dezernat 6/ASR
-

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) weist auf die übergebürliche Belastung
einzelner Anlieger hin. Hiervon seien zum Beispiel Eigentümer von Hinterlieger-
grundstücken oder auch landwirtschaftlichen Flächen betroffen.

Herr Bürgermeister Runkel antwortet, dass man mit Betroffenen regelmäßig im Gespräch sei.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bestätigt die Gespräche in den Ortschaften. Er kritisiert, dass die Ortschaftsräte zu wenig darüber informiert werden und wünscht sich im Betriebsausschuss eine Information zum Sachstand. Ebenfalls habe das Grünflächenamt zugesichert, mit den Pächtern städtischer Nutzflächen ins Gespräch zu kommen.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) sieht das Problem in allen Ortschaften. Man habe sich intensiv mit der Belastung der Landwirte durch die Straßenreinigungsgebühr auseinandergesetzt. In Hinblick auf die nächste Kalkulation sieht er es als notwendig an, sich über eine gerechtere Verteilung bzw. mögliche Entlastung der Landwirtschaft zu unterhalten.

Beschluss B-249/2019

Der Stadtrat beschließt die 9. Satzung zur Änderung der Satzung über die Straßenreinigung in der Stadt Chemnitz (Straßenreinigungssatzung) gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(43 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen)**

5.8 Neuwahl des Vorstandes der Kinder- und Jugendstiftung "Johanneum"
Vorlage: B-309/2019 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51

Es gibt keinen Handlungsbedarf.

Beschlusspunkt 1 – Wahl des Vorsitzenden

Da es keinen Widerspruch gibt, findet offene Wahl statt.

Herr Hans-Rudolf Merkel

**Wahlergebnis: gewählt
(47 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen)**

Beschlusspunkt 2 – Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden

Da es keinen Widerspruch gibt, findet offene Wahl statt.

Frau Jaqueline Drechsler

**Wahlergebnis: gewählt
(39 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen, 7 Enthaltungen)**

Beschlusspunkt 3 – Wahl des Mitgliedes

Da es keinen Widerspruch gibt, findet offene Wahl statt.

Herr Marko Weißbach

**Wahlergebnis: gewählt
(47 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)**

Beschluss B-309/2019

Der Stadtrat wählt anhand der eingegangenen Wahlvorschläge:

1. Herrn Hans-Rudolf Merkel als dem Kuratorium vorzuschlagenden Vorsitzenden des Vorstandes der Kinder- und Jugendstiftung „Johanneum“.
2. Frau Jaqueline Drechsler als dem Kuratorium vorzuschlagenden stellvertreten den Vorsitzenden des Vorstandes der Kinder- und Jugendstiftung „Johanneum“.
3. Herrn Marko Weißbach als dem Kuratorium vorzuschlagendes Mitglied des Vorstandes der Kinder- und Jugendstiftung „Johanneum“.

- 5.9 Richtlinie der Stadt Chemnitz zur Förderung der freien Träger im Rahmen der Fachkräftesicherung im Bereich der Kindertageseinrichtungen - Erzieherausbildung
Vorlage: B-307/2019 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Zur Beschlussvorlage wurde ein Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ ausgereicht.

Herr Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) bringt seinen Änderungsantrag ein.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(10 Ja-Stimmen, 39 Nein-Stimmen, 4 Enthaltungen)

Beschluss B-307/2019

Der Stadtrat beschließt die „Richtlinie der Stadt Chemnitz zur Förderung der freien Träger im Rahmen der Fachkräftesicherung im Bereich der Kindertageseinrichtungen - Erzieherausbildung“ gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen)

- 5.10 4. Baubeschluss für Hochbaumaßnahme 2019 und überplanmäßige Mittelbereitstellung für den Tierpark Chemnitz Neuordnung Wirtschaftshof
Vorlage: B-173/2019 Einreicher: Dezernat 6/SE 17
-

Auf die Frage von **Herrn Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)** antwortet **Herr Bürgermeister Stötzer**, dass man die Baukosten pro Quadratmeter nicht berechnen könne.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) fragt, ob die Beschlussvorlage auch seitens des Kämmers Zustimmung findet. Zu dem möchte er wissen, ob die überplanmäßige Mittelbereitstellung im Konflikt mit dem Masterplan stehe und ob weitere Grundstücksankäufe notwendig sein werden.

Herr Bürgermeister Runkel antwortet, dass das Grundstück des Wirtschaftshofes in städtischer Hand sei. Für die Umsetzung des Masterplanes müsse eine kleine Fläche erworben werden. Er macht deutlich, dass die Baumaßnahmen am Wirtschaftshof Grundvoraussetzung für die Umsetzung des Masterplanes seien.

Herr Bürgermeister Schulze erklärt, dass der Stadtrat die Prioritäten für einzelne Bauabschnitte des Masterplanes setze. Er macht deutlich, dass die finanziellen Mittel zur Verfügung stehen.

Auf die Nachfrage von **Herrn Stadtrat Köhler** antwortet **Herr Bürgermeister Schulze**, dass für die Umsetzung des Masterplanes ein Gesamtbudget zur Verfügung gestellt werden muss. Die notwendigen finanziellen Mittel können noch nicht im Haushaltsplan untersetzt werden. Aufgrund des überplanmäßigen Mittelbedarfs könnten nach derzeitigem Stand nicht alle geplanten Einzelmaßnahmen umgesetzt werden.

Beschluss B-173/2019

Der Stadtrat beschließt

1. die Bauausführung der Maßnahme Tierpark Chemnitz Neuordnung Wirtschaftshof gemäß Anlage 4.
2. die überplanmäßige Mittelbereitstellung in den Haushaltsjahren 2019 und 2020 in der Produktuntergruppe 2532000 wie folgt:

Änderungen zum Teilfinanzhaushalt - Investitionen

-in EUR-

PSK Maßnahmenr.	Kurzbezeichnung Produktsachkonto und Maßnahmennummer	HH-Plan 2019*	HH-Plan 2020	Veränderung 2019	Veränderung 2020	HH-Plan 2019 Neu	HH-Plan 2020 Neu
investive Auszahlungen							
2532000.78511100 2532000102002 Pos. 2	Tierpark Chemnitz, Neuordnung Wirtschaftshof	501.946	500.000	+550.000	+550.000	1.051.946	1.050.000
2532000.78511100 2532000102001 Pos. 22	Tierpark Chemnitz, Maßnahmen gemäß Masterplan	550.000	550.000	-550.000	-550.000	0	0
Summe Auszahlungen				0	0		
Differenz investive Einzahlungen/Auszahlungen				0	0		

* inklusive Reste Vorjahr

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen)**

- 5.11 Verlängerung der Gebührenbefreiung für Elektro- und Hybridelektrofahrzeuge mit dem Fahrzeugkennzeichen „E“ von der Gebührenpflicht und Erlass der Sondernutzungsgebührenpflicht für Carsharingfahrzeuge mit Elektro- oder Hybridmotor mit dem Fahrzeugkennzeichen „E“

Vorlage: B-238/2019

Einreicher: Dezernat 6/Amt 66

Zur Beschlussvorlage wurde ein Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion ausgereicht.

Herr Stadtrat Wegert (AfD-Stadtratsfraktion) spricht sich dafür aus, für den ÖPNV – vor allem im Innenstadtbereich – mehr Akzeptanz zu schaffen. Dies sei mit dem kürzlich abgelehnten Sozialticket möglich gewesen. Er spricht sich grundsätzlich gegen E-Mobilität aus. Seiner Meinung nach werden Elektro- und Hybridfahrzeuge bereits hinreichend subventioniert. Durch weitere Maßnahmen könnten andere benachteiligt werden.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) bestätigt, dass der ÖPNV Vorrang haben müsse. Er hält den Änderungsantrag für unzulässig, da dieser in das bestehende Parkraumbewirtschaftungskonzept eingreife.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) macht bewusst, dass die ersten 20 Minuten Parkzeit kostenlos seien.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) verdeutlicht, dass man die Bedeutung des ÖPNV einbezogen habe und dessen Vorrang weiterhin bestehen bleiben soll. Er widerspricht den Argumente, die gegen E-Mobilität sprechen und merkt an, dass man sich hierzu in Arbeitskreisen beteiligen könne.

Herr Bürgermeister Stötzer erklärt, dass die ersten 40 Minuten sowie alle weiteren 20 Minuten Parkzeit 50 Cent kosten.

Frau Stadträtin Rabe (AfD-Stadtratsfraktion) seien kostenlose Kurz-Zeit-Parkplätze nicht bekannt. Sie sieht einen Zusammenhang mit Ladenschließungen im Roten Turm und dem Mangel an kostenlosen Parkmöglichkeiten. Dies sei in anderen Einkaufszentren der Stadt anders. Zu dem könne sich nicht jeder ein E-Fahrzeug leisten.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) sieht eine Gefahr für den Automobilmarkt. Allein in Chemnitz seien hiervon 1.000 Arbeitsplätze betroffen.

Auf Nachfrage von **Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion)** erklärt **Herr Bürgermeister Runkel** den Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion für unzulässig.

Herr Stadtrat Vieweg sieht viele Änderungen in der Entwicklung. Er nennt Beispiele für die Arbeitsgruppen und Gremien, die solche Veränderungsprozesse begleiten und lädt die anderen Stadtratsmitglieder zur Mitwirkung ein.

Frau Stadträtin Kuhfuß (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt richtig, dass sachsenweit von ca. 1.000 Arbeitnehmern ausgegangen wird, die durch die Umstrukturierungen ihren Arbeitsplatz verlieren könnten.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte.

Herr Stadtrat Andres hält eine Rede gegen den Antrag.

Abstimmung über den Geschäftsordnungsantrag auf Abbruch der Debatte

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(37 Ja-Stimmen, 15 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen)

Beschluss B-238/2019

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Befreiung von Elektro- und Hybridelektrofahrzeugen mit dem Fahrzeugkennzeichen „E“ entsprechend Elektromobilitätsgesetz von der Gebührenpflicht bis 31.12.2021 zu verlängern. Über eine weitere Verlängerung ist durch den Stadtrat bis Ende 2021 zu entscheiden.

2. Den Erlass der Sondernutzungsgebührenpflicht für Carsharingfahrzeuge mit Elektro- oder Hybridmotor mit dem Fahrzeugkennzeichen „E“ bis zum 31.12.2021 zu verlängern. Über eine weitere Verlängerung ist durch den Stadtrat bis Ende 2021 zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(37 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen 1 Enthaltung)

- 5.12 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum einfachen Bebauungsplan Nr. 19/02
"Eckstraße/Zöllnerplatz"
Vorlage: B-302/2019 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-302/2019

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Abwägungen zum Bebauungsplan Nr. 19/02 „Eckstraße/Zöllnerplatz“.
2. Aufgrund des § 10 i. V. m. §§ 13, 13a des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), sowie nach § 89 der Sächsische Bauordnung (SächsBO) in der Fassung vom 11. Mai 2016 (SächsGVBl. S. 186, 187), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.12.2018 (SächsGVBl. S. 706, 711), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62, 63), beschließt der Stadtrat der Stadt Chemnitz den einfachen Bebauungsplan Nr. 19/02 „Eckstraße/Zöllnerplatz“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) sowie dem Text (Teil B), in der Fassung vom 05.02.2019 als Satzung (Anlage 3).
3. Die Begründung in der Fassung vom 24.09.2019 (Anlage 4) wird gebilligt.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(39 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)**

- 5.13 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zur Teilaufhebung des Bebauungsplans
Nr. 93/28 "Ausbau Neefestraße im Abschnitt Autobahn - Jagdschänkenstraße"
Vorlage: B-305/2019 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Die Beschlussvorlage wurde unter TOP 2 vertagt.

- 5.14 Abwägungs- und Satzungsbeschluss zum vorhabenbezogenen Bebauungsplan
Nr. 18/08 "Braustolzgelände - Entwicklungsgebiet 1"
Vorlage: B-306/2019 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-306/2019

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Abwägungen zum Entwurf des vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Nr. 18/08 „Braustolzgelände – Entwicklungsgebiet 1“ in der Fassung vom 14.11.2018.

2. Aufgrund des § 10 in Verbindung mit § 13 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), sowie nach § 89 der Sächsischen Bauordnung (SächsBO) in der Fassung vom 11. Mai 2016 (SächsGVBl. S. 186, 187), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.12.2018 (SächsGVBl. S. 706, 711), in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 9. März 2018 (SächsGVBl. S. 62, 63), beschließt der Stadtrat der Stadt Chemnitz den vorhabenbezogenen Bebauungsplan Nr. 18/08 „Braustolzgelände – Entwicklungsgebiet 1“, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) sowie dem Text (Teil B), in der Fassung vom 24.07.2019 als Satzung (Anlage 3).
3. Die Begründung in der Fassung vom 24.07.2019 (Anlage 4) wird gebilligt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(52 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung)**

6 Informationsvorlagen

- 6.1 Beteiligungsbericht der Stadt Chemnitz auf Basis der Ergebnisse 2018
Vorlage: I-049/2019 Einreicher: Dezernat 1/Amt 20
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 6.2 Arbeitsstand zur Umsetzung der kommunalen Gesundheitsförderung und Prävention in Chemnitz
Vorlage: I-053/2019 Einreicher: Dezernat 5/Amt 53
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 6.3 Information zum Neubau eines Gehwegs am Harthauer Weg in Einsiedel
Vorlage: I-051/2019 Einreicher: Dezernat 6/Amt 66
-

Herr Stadtrat Boden (AfD-Stadtratsfraktion) sagt, dass seitens der Bürger Einwände erhoben wurden. Ebenso hätte sich Überarbeitungsbedarf ergeben. Er fragt, wie dies zeitlich eingeordnet werde.

Herr Bürgermeister Runkel gibt an, dass man die Frage mitnehmen und im Nachgang beantworten werde.

7 Beschlussanträge

- 7.1 Klimaschutzmanagement Chemnitz
Vorlage: BA-060/2019 Einreicher: Fraktionsgemeinschaft Bündnis 90/
Die Grünen, Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/
Die PARTEI
-

Zum Beschlussantrag wurden eine Stellungnahme der Verwaltung, eine Änderung der Einreicher und je ein Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion sowie CDU-Ratsfraktion ausgereicht.

Frau Stadträtin Tschök-Engelhardt (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bringt den Beschlussantrag ein. Mit Hilfe eines verantwortlichen Klimaschutzmanagers könne man die Problemstellung innerhalb der Verwaltung besser verankern und die Umsetzung der Klimaschutzmaßnahmen nachverfolgen und unterstützen. Ihre Fraktion werde den Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion übernehmen.

Herr Stadtrat Specht (CDU-Ratsfraktion) sagt, dass die Stadt weiter aktiv am Klimaschutz arbeiten, aber dabei nicht die finanzielle Seite außer Acht lassen sollte. Seine Fraktion unterstützt den Beschlussantrag.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) gibt an, dass der AGENDA-Beirat den Beschlussantrag einstimmig zur Beschlussfassung empfiehlt.

Herr Stadtrat Bader (AfD-Stadtratsfraktion) stellt klar, dass man zuerst das Personelle sowie Finanzielle evaluieren sollte, bevor man über mehrere Jahre einen Klimamanager bindet.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) stellt den Antrag, dass die Stelle im Umweltamt eingeordnet wird.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) stellt den Änderungsantrag der FDP-Fraktion in Frage.

Herr Bürgermeister Runkel erklärt, dass der Änderungsantrag der FDP-Fraktion nicht zulässig sei. Er greife in die Organisationshoheit der Oberbürgermeisterin ein. Er bestätigt jedoch, dass die Stelle fachlich im Umweltamt angesiedelt werden sollte.

Der Änderungsantrag der CDU-Ratsfraktion ist obsolet, da dieser durch die Einreicher übernommen wurde.

Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
 (11 Ja-Stimmen, 42 Nein-Stimmen,
 3 Enthaltungen)

Beschluss BA-060/2019

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung bis 31.12.2019 die Förderung für eine Stelle für Klimaschutz im Rahmen der Kommunalrichtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten zu beantragen.

Die Stelle der Klimaschutzmanagerin bzw. des Klimaschutzmanagers ist öffentlich auszuschreiben. Diese Stellenausschreibung für den/die Klimaschutzmanager/in soll bereits vor Erhalt des Bewilligungsbescheids unter Vorbehalt der Mittelbewilligung erfolgen. Der Zeitpunkt der Stellenausschreibung ist mit dem Projektträger Jülich (PtJ) abzustimmen.

Vor Ablauf des Bewilligungszeitraumes sind die Ergebnisse der Arbeit der Klimaschutzmanagerin bzw. des Klimaschutzmanagers zu evaluieren. Die Resultate sollen als Bewertungsgrundlage für die Entscheidung dienen, ob die Stelle entfristet wird und dauerhaft als Personalstelle erhalten bleibt. Im Falle einer positiven Bewertung sind die Kosten für die Stelle im Haushalt einzuplanen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(44 Ja-Stimmen, 12 Nein-Stimmen)**

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) gibt eine Erklärung zu seinem Abstimmungsverhalten ab.

7.2	Städtepartnerschaften Vorlage: BA-063/2019	Einreicher: Fraktionsg. DIE LINKE/Die PARTEI, CDU-Ratsfraktion; Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD-Fraktion, FDP-Fraktion
-----	---	--

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung ausgereicht.

Frau Stadträtin Schaper (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) erläutert den Beschlussantrag. Die Einreicher sehen das Potential, Städtepartnerschaften besser zu leben. Die Thematik wäre in der Vergangenheit stiefmütterlich behandelt worden. Sie wünscht sich mehr Transparenz und Informationen, sodass gesamtstädtisch von der Zusammenarbeit profitiert werden kann. Die Stadträte würden sich gern im Rahmen von Städtepartnerschaften intensiver beteiligen. Zudem beinhaltet der Beschlussantrag den Vorschlag, die Partnerschaft mit einer Stadt in Israel zu prüfen.

Herr Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) bringt zwei Änderungsantrag ein und erläutert diese.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) kritisiert die Ratsfraktion PRO CHEMNITZ für die eingebrachten Änderungsanträge. Sie macht deutlich, dass Städtepartnerschaften zur Völkerverständigung beitragen sollen. In den Anträgen sieht sie den Versuch, das Thema zu sabotieren und zu diskreditieren.

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) spricht sich für die Änderungsanträge seiner Fraktion aus.

Herr Stadtrat Franke (AfD-Stadtratsfraktion) stellt die Frage in den Raum, wie sich die Chemnitzer DIE LINKE-Fraktion zur vermeintlich kritischen Haltung ihrer Bundespartei gegenüber Israel positioniere.

Abstimmung über den Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
(Westjordanland)

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(12 Ja-Stimmen, 41 Nein-Stimmen, 3 Enthaltungen)**

Abstimmung über den Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ
(Elektromobilität)

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(10 Ja-Stimmen, 41 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen)**

Beschluss BA-063/2019

Die Stadtverwaltung wird beauftragt

1. ein Konzept „Städtepartnerschaften“ zu erarbeiten, welches folgende Prämissen enthalten soll:

- Übersicht über die Aktivitäten der Stadtverwaltung sowie aller gesellschaftlicher Initiativen im Zusammenhang mit allen Städtepartnerschaften im Zeitraum 2014 bis 2019 sowie geplante Aktivitäten ab 2020 (hierbei sind insbesondere die Begegnungen zwischen jungen Menschen bis 27 Jahre herauszuarbeiten),
- bereitgestellte und beanspruchte finanzielle Mittel
- Erläuterung und Analyse von Vernetzungsaktivitäten der Stadt und gesellschaftlicher Initiativen unabhängig von Städtepartnerschaften
- Konzepte zur Intensivierung der bestehenden Städtepartnerschaften unter der Prämisse der Einbeziehung der Stadträtinnen und Stadträte sowie Darstellung der notwendigen finanziellen Mittel
- Vorschläge für das Anstreben weiterer Städtepartnerschaften, die sich aus den erläuterten Vernetzungsaktivitäten ergeben sowie mit einer Stadt in Israel

2. ein Konzept dem zuständigen Ausschuss sowie dem Stadtrat im 2. Quartal 2020 zur Diskussion und Beschlussfassung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(51 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)**

7.3 Planung von Schulküchen
Vorlage: BA-064/2019 Einreicher: SPD-Fraktion

Zum Beschlussantrag wurde eine Stellungnahme der Verwaltung, eine Änderung des Einreichers, ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaften DIE LINKE/Die PARTEI und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und ein Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion ausgereicht.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) spricht sich für den Beschlussantrag aus. Bereits mit dem Beschlussantrag BA-026/2012 habe man den Prüfauftrag an die Verwaltung gegeben, bei Sanierungen von Kitas und Schulen den Einbau von Vollküchen zu prüfen. Demnach sei der Beschlussantrag teilweise Beschlusslage. Sie bedauert es, dass die Kitas nicht vom ursprünglichen Antrag umfasst sind. Eine Erweiterung sei aufgrund des Beschlussgegenstandes nicht möglich gewesen. Ihr Änderungsantrag beziehe sich auf die Änderung des Einreichers.

Herr Stadtrat Renz (SPD-Fraktion) erklärt, dass der Fokus gezielt auf die Schulen gerichtet wurde, da zu der Versorgung der Kitas bereits Beschlüsse gefasst wurden. Aufgrund der derzeitigen Planungen von neuen Schulen, wolle man das Thema mit in den Prozess einfließen lassen. Ihm sei bewusst, dass es an einzelnen Objekten bauliche Voraussetzungen gibt, die eine Umsetzung schwierig machen. Der Beschlussantrag soll als Grundsatz verstanden werden und sofern die Verwaltung in der Planung hiervon abweicht, sollen die betreffenden Ausschüsse entsprechend informiert werden.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (FDP-Fraktion) findet die Idee sehr gut. Er macht bewusst, dass pro Küche zusätzlich bis zu 300.000 Euro einzuplanen seien. Die Wirtschaftlichkeit stellt er in Frage. Es wäre schwer, einen Betreiber und Personal zu finden. Für ihn ist auch der Bildungsauftrag für gesunde Ernährung wichtig.

Frau Stadträtin Patt (CDU-Ratsfraktion) gibt an, dass ihre Fraktion dem Antrag nicht zustimmen werde. Sie findet die Grundidee gut, aber hält die Umsetzung nicht für möglich. Man sollte weiterhin an der Erziehung zur gesunden Ernährung arbeiten.

Herr Stadtrat Renz stellt klar, dass die einzelnen Schulkonferenzen über den Betrieb einer Schulküche entscheiden sollen. Ebenso sollte eine Mitversorgung von anderen Einrichtungen in Betracht gezogen werden.

Herr Stadtrat Vieweg (SPD-Fraktion) fragt nach der Einschätzung von Herrn Bürgermeister Burghart zur Prävention und Bildung an Schulen zum Thema gesunde Ernährung.

Herr Bürgermeister Burghart erklärt, dass die Einrichtung von Schulküchen nicht mit gesunder Ernährung gleich gesetzt werden könne. Er gibt an, dass bei den zwei großen Bauprojekten im Oberschulbereich Schulküchen mitgeplant werden. Im Rahmen der Wirtschaftlichkeit werde sich kein Anbieter finden, der die Küche an einer 2-zügigen Grundschule betreibt. Bei der Aufklärung sei es vor allem wichtig, die Eltern zu erreichen.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) stimmt der CDU-Ratsfraktion sowie Herrn Bürgermeister Burghart zu und wirbt für den Änderungsantrag seiner Fraktion.

Herr Stadtrat Martin Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) spricht sich für den Beschlussantrag aus und regt Kooperationen mit lokalen Gastronomen an.

Frau Stadträtin Bombien (SPD-Fraktion) sieht in der Versorgung durch eine Schulküche die Möglichkeit, Kinder mit gesundem Essen zu versorgen. Da dies nicht von allen Familien erwartet werden könnte.

Herr Stadtrat Renz gibt an, dass seine Fraktion den Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion ablehnen werde, da dies bereits durch die Verwaltung umgesetzt werde.

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) fasst zusammen, dass die Planung von Küchen an großen Objekten bereits bedacht werde. An kleinen Schulen lohne es sich nicht. Mit Bestätigung des Beschlussantrages würden die Kosten für Schulbaumaßnahmen steigen.

Abstimmung über den Änderungsantrag der AfD-Stadtratsfraktion

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 (14 Ja-Stimmen, 38 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung)**

Abstimmung über den Änderungsantrag der Fraktionsgemeinschaften
DIE LINKE/Die PARTEI und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
 (17 Ja-Stimmen, 31 Nein-Stimmen, 5 Enthaltungen)**

8 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte

Herr Stadtrat Andres (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) fragt, wie viele Kinder in Chemnitz in eine Krippe, eine Kita oder einen Hort gehen, wie hoch die jeweiligen Kosten pro Kind sind, wie viele Kinder zu Hause betreut werden und ob die Stadt von Bund oder Land Geld für die Betreuung Geld erhalte und wenn ja, wie viel.

Herr Stadtrat Herrmann (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) bezieht sich auf die Flächen der Landwirtschaft, welche bei der Straßenreinigung mit veranlagt werden. Dabei werde von einer „Kann-Bestimmung“ geredet. Er möchte wissen, ob die Verwaltung in wenigen Worten deutlich sagen oder öffentlich klar stellen könne, dass die Verwaltung vermittelt habe, dass es im Sinne der Ausschöpfung der Einnahmemöglichkeiten eine „Soll-Bestimmung“ bis „Muss-Bestimmung“ war. **Herr Stadtrat Herrmann** fragt des Weiteren, ob es im Zusammenhang mit der Frage zum Abfallwirtschaftsverband Chemnitz Personalentscheidungen gäbe.

Herr Bürgermeister Runkel entgegnet, dass er die zuletzt gestellte Frage nicht beantworten werde, da das ein internes geschehen im Abfallwirtschaftsverband sei. So lang die Prüfungen in der Verbandsversammlung nicht abgeschlossen seien, werden keine Aussagen getroffen.

9 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden Frau Stadträtin Juler (Fraktions-gemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) und Herr Stadtrat Wegert (AfD-Stadtratsfraktion) bestimmt.

20.12.2019 *Miko Runkel*
Datum Miko Runkel
stellv. Vorsitzender
des Stadtrates

6.1.2020 *Carolin Juler*
Datum Carolin Juler
Mitglied
des Stadtrates

20.12.19 *Steffen Wegert*
Datum Steffen Wegert
Mitglied
des Stadtrates

19.12.19 *Müller*
Datum Carolin Müller
Schriftführerin